

Narr, Wolf-Dieter (2004): Studienordnungen als Erziehungsinstrument: Zur Beseitigung von Wissenschaft an der FU Berlin. In: *Forum Wissenschaft* 21 (3), S. 6–10.
<http://www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/97828.html>

WOLF-DIETER NARR

Studienordnungen als Erziehungsinstrument

15.10.2004: Zur Beseitigung von Wissenschaft an der FU Berlin

Sie seien "mittelalterliche Amtsträger", deren Politikwissenschaft sie "zu Regierungsschläfern" mache - so die Kritik von [Wolf-Dieter Narr](#) gegenüber seinen KollegInnen am Berliner Otto-Suhr-Institut, als diese die neue Studien- und Prüfungsordnung widerspruchslos annahmen. Auch heute noch seien ProfessorInnen indolent für das, was an den Hochschulen und durch sie geschehe. Das Menetekel der deutschen Universität werde so seit 1933 täglich neu an die Wände geschrieben: Das Versäumnis dafür zu sorgen, dass kompetente und urteilsfähige und daher in der Kritik fachlicher und politischer Urteilskraft gebildete Personen gebildet werden.¹ Wir dokumentieren seinen Einspruch stark gekürzt.

Betr. "Studieren am OSI - Erläuterungen zum neuen B.A.- und Diplom-Studiengang"²

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende,

mein Offener Brief kommt in vieler Hinsicht zu spät. Vor zwei Jahren dachte ich, ich könne mir (und Ihnen) meine Einmischung in die Diskussion und Umsetzung der Studien- und Prüfungsordnungen schenken. Ich musste annehmen, dass Sie alle die neue Studienordnung für wünschenswert oder eben für unvermeidlich halten. Ein befreundeter, erfahrener Kollege suchte meine Empörung mit der alten Volksweisheit zu glätten: *"Alles wird immer weniger heiß gegessen, als es gekocht worden ist."* Diese neuen Entwürfe kreisen rund um die Einführung eines auf einen *Bachelor of Arts* (B.A.) führenden sechssemestrigen Kurzstudiengangs, um die »Modularisierung« der Lehreinheiten und - via der semestrigen Vergabe von »credit points« - um die Gestaltung der Studienordnung als permanente Prüfungsordnung. Diese Studien»innovationen« veranlassen mich jetzt jedoch, mich dazu kritisch zu äußern.

Im gesamten letzten Jahrzehnt habe ich mich nie »alt« gefühlt: Nun entdeckte ich, dass eine Universitätswelt für die Studierenden in Inhalt und Form konzipiert worden ist - und bereits praktiziert wird, die mit fast all dem, was ich als meine Universität und meinen wissenschaftlichen Beruf angesehen habe und ansehe, zunehmend nichts mehr zu tun hat: Verantwortlich möchte ich im Rahmen dieser neuen Studien- und Prüfungsordnung nicht mehr lehren und prüfen. Über 1 1/2 Jahre nach meiner selbstbestimmten Verabschiedung als Hochschullehrer, der aber weiter gelehrt hat und DiplomandInnen und DoktorandInnen betreut, fühle ich mich nun -

fremdbestimmt - hinausgeworfen. Geplant hatte ich im WS 2004/05 eine Vorlesung zur "*Kritik der politischen Soziologie am Beispiel von Max Weber*". Da dafür keine »credit points« werden vergeben werden können, weil diese Vorlesung kein Teil eines »Moduls« darstellte, nehme ich an, ich kann mir (und ihnen) die Ankündigung der Veranstaltung in memoriam Max Weber (*mortuus doceat vivos*) sparen. Diplomandinnen und Diplomanden werde ich hinfert nur noch betreuen, wenn sie nach der jetzt alten DPO studiert haben und Examen machen wollen. Meine eigene weitgehende *Exit*-Option im Sinne Albert O. Hirschmans müsste, da meine Argumente, das behaupte ich emphatisch, triftig sind, Ihre *Voice*-Option, also Ihr Verhalten im Rahmen der neuen Studienordnung, wie sie damit umgehen, nachhaltig beeinflussen.

Meine folgenden Anmerkungen zur neuen Studien- und Prüfungsordnung sind geschrieben *cum ira et studio*, im Zorn und mit Eifer. Mein Zorn gilt einer Bildungs- und Hochschulpolitik, die perspektivlos, töricht und unverantwortlich das Lernvermögen preisgibt. Um Willen einseitiger, kapital- und technologischer Innovationen werden nicht nur alle nötigen sozialen Innovationen versäumt. Im Gegenteil: die nötigen sozioökonomischen und politischen Bedingungen einer Verfassung der Gleichheit und der Freiheit werden - um Willen der elitär verpolizeilichten Habens- und Herrschaftschancen der besser gestellten dreißig oder vierzig Prozent - deregulierend im höchst repressiven Regulationsstil geopfert.

Dieser Zorn, gespeist von der täglich wahr zu nehmenden, selbst instrumentellen Dummheit (und Lüge) etablierter Politik und ihres fülligen Interessentenhofstaats, richtet sich gegen KollegInnen nur insoweit, als sie sich als willige HelferInnen und VollstreckerInnen dieser zukunftsblinden Politik hergeben. Dass und warum sie dies tun, kann ich mir weitgehend erklären; erfahren in Sachen Produktionsbedingungen der *homines academici* und ihrer Habitus an bundesdeutschen und an amerikanischen »Eliteuniversitäten«. Darunter sind keinerlei böswillige oder arglistige Motive. Darunter mischt sich bestes Lehrenengagement. Die *bona fides* macht die gegenwärtige Sache meines Erachtens ebenso vertrackter wie schlimmer.

Autonomie und Bildung

Mit Eifer aber schreibe ich diesen Brief, weil ich gerade in dürftigen Zeiten die konkrete Utopie einer Universität und in ihr einer Pluralität von Lehr-Lernprozessen aufrechterhalten und präsent stellen will. Sie soll eine große Tradition des zeitweise halb gehaltenen Versprechens im Streit der Fakultäten mitsamt den nötigen Änderungen in die Zukunft erhalten. Um mich europäisch zu beschränken und nur einige Namenssymbole anzurühren: die Tradition von Sophokles/Sokrates über Kant/Humboldt bis zu Simone Weil und Adorno. In dieser Tradition, die nie breite Wirklichkeit gefunden hat, und ihrer Zukunft, so sie noch eine solche hat, versteht sich ein schlechthin primäres Ziel allen Lernens, allen Bildens und Ausbildens geradezu von selbst: die politisch gesellschaftlich begründete und Politik und Gesellschaft be-

gründende Autonomie von jedem Kind und jedem Erwachsenen. Dieser Autonomie, individuell und sozial allgemein zugleich, kann man nur dienen, sie kann man nur, im Lernen unterstützt, erreichen und täglich neu erringen, wenn man um die enormen Anstrengungen der Autonomie weiß. Und sich dieser schweißtreibenden Anstrengung stellt. Aus freien Stücken. Zu freien Stücken. Zur *"Ekstase des aufrechten Gangs"*. Obwohl, gerade weil wir alle aus *"krummem Holz"* geschnitzt sind. Zu ihr gehört die intellektuell überaus voraussetzungs- und folgenreiche *"Anstrengung des Begriffs"*. Mein Brief ist also ein Appell zum selbstbestimmten Verhalten.

In Sachen neue Studien- und Prüfungsordnung gilt zuerst: Sie alle, die in ihr lehren und unter ihr studieren, sollten wissen, was Sie tun und tun müssen. Die bewusste Einsicht in die Zwänge, in ihre Grade und Grenzen, kann schon eine Differenz ums Ganze ausmachen und diese Zwänge etwas gestalten. Vor allem: man kann sie mit Abstand behandeln; man muss sie nicht unmittelbar das eigene Verhalten bestimmen lassen. Von PolitikwissenschaftlerInnen, die über die allemal prekäre Prämisse ihres Berufs verfügen: Abstand zur etablierten Politik zu halten, sollte man darum an zweiter Stelle reflexiv erwarten können, dass sie das, was sie tun zu müssen, nicht durch schöne Formeln versüßen, durch das, was George Orwell *"goodspeak"* genannt hat. Daraus entsteht gegenwärtig mehr denn je das Riesenthema *"Politik und Lüge"*. Dieses gefährdet die Verfassungen der liberalen Demokratien mehr als reale Probleme.

Wenn, zum dritten, die kritischen Apostrophen meiner folgenden Bemerkungen auch nur annäherungsweise zuträfen, dann ist ein dreifacher Umgang mit der neuen Studienordnung angezeigt. Zum einen ist diese neue Ordnung den Studierenden und den KollegInnen honigfrei zu präsentieren. Zum zweiten sind in der KollegInnenschaft und mit der StudentInnenschaft alle Hebelchen in Gang zu setzen, um diese als Schenkklappen vermittelndes, prüfungsdynamisches Kanalsystem zu mildern. Zum dritten kommt es darauf an, nicht nur den Gang der neuen Studienordnung durch die Lehr- und Lernprozesse argusäugig zu beobachten. Vielmehr ist umgehend an erheblichen materiellen und prozeduralen Änderungen zu arbeiten und diese in einer zeitlich knappen Frist, nach drei Jahren spätestens, zu einer neuen Studienordnung zu bündeln. Sollte ihre Verabschiedung scheitern, dann wäre eine individuelle und kollektive Verweigerung wenigstens derjenigen angesagt, die den privilegierten Status eines Professors oder einer Professorin genießen. Es ist eines, wenn das *Institut für Politikwissenschaft* sich lehr-lernendes Umding aufzwingen lässt. Es ist ein anderes, wenn seine Angehörigen in vorauseilendem Gehorsam dort agieren, wo es um das »Allerheiligste« von Lehre und Lernen, das Herz der Universität geht: die Freiheit des Studierens. Und von ihr hergeleitet: die Freiheit des Lehrens.

Studienordnung statt Humboldt

Die Einbettung in die aktuelle Hochschulpolitik macht aus der neuen Studienordnung des OSI ein Symptom und einen schwer zu behebenden Skandal in einem. Ein Symptom dafür, dass universitäres Lernen im Zeitalter der so genannten Individualisierung und Informations-, gar Wissensgesellschaft allen humboldtschen Charme eines Lehr-Lernprozesses verloren hat, der den studierenden Personen zuerst gilt. Der schwer zu behebende Skandal besteht in der fachlichen, der substantiellen und der zugangsbezogenen reduktionistischen Transformation der Universitäten zu einseitig technologisch ausgerichteten Forschungsgrößen auf der einen Seite. In ihnen herrscht die *private-public-partnership*, sprich das kapitalistisch private Interesse vor. Darum können die Sozial- und Geisteswissenschaften krankgeschrumpft werden. Auf der anderen Seite werden Lehr- und Lernprozesse, möglichst unvermittelt arbeitsmarktpolitisch ausgerichtet, darauf geeicht, mobile und flexible Charaktere zu produzieren, die kostengünstig unterzubringen oder arbeitslos still zu stellen sind. Was in Sachen Schmalspurinnovationen und höhere Positionen erforderlich erscheint, soll neufeudal zugeschriebene - nicht leistend erworbene - *Centers of Excellence* beibringen. Auch immanent betrachtet wird das nicht funktionieren, was kurzfristig hochschulpolitisch geplant und installiert wird.

Konstruktion von Ungleichheit

Verbunden mit dem gerade bezeichneten Bett, in das sie prokrusteshaft gelegt worden ist, ist die neue Studienordnung des OSI Ausdruck des so genannten Bologna-Prozesses, sprich der EU-europäischen Angleichung der Bildungssysteme, der Abschlüsse und der damit verbundenen Titeleien. Diese Art der Europäisierung ist kaum dazu angetan, der so oft auratisch hofgeschriebenen "*Idee Europa*" nützlich zu sein. Der fundamentlose Standard-, Abschlussformen- und Evaluierungszirkus ist in seinem hektischen äußerlichen, konkurrenztümmelnden Schein mit freilich negativen Lernfolgen kaum zu überbieten. Aus diesem Bologna-Prozess, einer *education of scale and reified criteria*, erklären sich eine Reihe skandalöser Vorgaben in Sachen neue Studienordnung. Diese konnten und durften von den zuständigen Leuten des OSI nicht einfach übersehen werden. Eine harte Auseinandersetzung und ein wissenschaftlich überdeterminiertes "*Nein*" wären dringend angezeigt gewesen. Niemand hätte darob seine oder ihre feste Position riskieren müssen. Bis zu welcher Grenze bleibt Ulrich Sonnemanns Mahnung vom "*Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten*" gerade für universitäre Intellektuelle trotz all der ansonsten veränderten Umstände zutreffend?

Die deutsche, dann, gänzlich restauriert, die bundesdeutsch fortgesetzte, in den 70er Jahren nicht zureichend reformierte, mehrfach bürokratisch bestimmte Universität, die als Typus in der Tat im Singular gegeben war, hatte und hat viele strukturelle und funktionelle Mängel. Sie besaß indes u.a. einen großen Vorzug. Wer in ihre Hallen

Eingang gefunden hatte, die nicht mehr männlich klassenbürgerlich verammelt sind - obwohl der tertiäre Bildungssektor grundrechtlich demokratisch systematisch unzureichend organisiert ist -, ging in allen Fächern einem prinzipiell gleichem Studium nach. Der erste Examensabschluss machte zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten keine Differenz. Das wird durch die Einführung des Kurzstudiums mit dem angelsächsisch hohl übernommenen Titel B.A. fundamental verändert. Nun gibt es wenigstens zwei Studiengänge. Diese gespaltene Doppelung trifft zu, selbst wenn der längere, der dann zum Diplom oder via diverse *Centers of Excellence* zu einem veritablen Magister führen mag, in der Regel wenigstens aus einem gemeinsamen Grundstudium erwachsen sollte. Das gemeinsame Grundstudium hat einen Vor-, zugleich aber einen gewichtigen Nachteil. Es hat den Vorzug verlängerter Wahlchancen für die Studierenden, die noch nicht nach dem 6. Semester von der Universität abgehen wollen. Sie können sich, selbst wenn sie einen solchen Abgang ursprünglich ins Visier gefasst haben, noch im 4. Semester entscheiden, dass sie den Abschluss qua Magister oder Diplom anstreben. Die zeitweilige Überlappung zweier Studiengänge hat den Nachteil, dass auch diejenigen, die auf einen Magister oder ein Diplom hin studieren, demselben Veranstaltungs- und Graduierungsrhythmus unterworfen werden. Das Studium wird demgemäß, jedenfalls in seiner grundlegenden ersten Hälfte, qualitativ vom Kurzstudium bestimmt. In der pauschalen Qualifizierung dieses Kurzstudiums stimme ich mit Wolfgang Kemp überein. *"Dass es ein wissenschaftliches Studium an Universitäten geben kann"*, so Kemp in einem FAZ-Artikel, *"das in drei Jahren zur Berufsqualifizierung führt, diese Prämisse ist schlicht und einfach nicht zu halten, ..."*³ Niemand weiß zurzeit, ob und wie das in Deutschland neue »Kurzstudium« angenommen und funktionieren wird. Dieses Nichtwissen nimmt aber die Verantwortung für die erstmalige Klassenteilung des Studiums nicht ab. Quantitative Faktoren werden bekanntlich allzu häufig bei der Planung von Organisationen unterschätzt, so diese bestimmte Qualitäten erzielen sollen. Webers *"Bürokratisierungsgesetz"* basiert darauf. Von all den zusätzlichen Konditionen der neuen Studienordnung einmal zu schweigen. Allein die zeitlichen Vorgaben, die um wenigstens 3 oder 4 Semester gekürzt worden sind, gewährleisten im Durchschnitt einen kognitiv und habituell kastrierten Studiengang. Für diejenigen, die diesen ge- und verkürzten Studiengang durchlaufen, hat derselbe die Regel, dass sie beruflich, positionell und finanziell, wenigstens im immer noch privilegierten akademischen Zusammenhang, systematisch schlechter gestellt werden. Die Ursache dafür müssen sie, das kennzeichnet das sozial a-soziale Wunder des Kurzstudiums, bei sich selbst suchen. Sie haben nur kurz studiert. Sie können offenkundig nicht mehr. Soziale Unterschiede werden bildungspolitisch ratifiziert. Als handele es sich um unveränderbare Naturdifferenzen zwischen unbegabten, mittelmäßig begabten und hoch begabten jungen Menschen, zwischen denen mit Hilfe des angeblich untrüglichen und angeblich »eigentlich« gerechten Maßstab der »Leistungsgerechtigkeit« unterschieden werden könne, dürfe, müsse. So produziert man u.a. »Versager« und aufgeblasene »Leistungseliten«. Nicht auf Leistungen, die vielfältig differenziert werden, kommt es an, damit die besten Möglichkeiten der

Kinder und Jugendlichen entwickelt werden. Vor allem nach Herkunft und früh angeeigneter, meist familial geförderter Chuzpe, dem so genannten Erfolgswillen, wird sortiert. »Mittelmaß« und »Elite« werden erneut zu zugeschriebenen und nicht zu erworbenen Merkmalen, angefangen von der Art des einseitig rationalen Grades und ihrer höchst willkürlichen Vergabe.

Und wir SozialwissenschaftlerInnen machen bei einer solchen gesellschaftlichen Naturkonstruktion von Ungleichheit mit. Selbstredend sind wir demokratisch gesinnt und menschenrechtlich darüber hinaus! Müssten wir dann, wenn wir's tun bzw. täten, unseren ehrlichen Beruf an den elitären, vor allem den lebenswissenschaftlichen Nagel, wenn schon nicht ans entsprechend kadrierte Genom hängen?

Politikwissenschaft, die ich meine

Politik, die mit einer Mehrzahl von Menschen beginnt, ist, wie Gesellung, von allem Anfang an und überall gegeben. Menschliches Zusammenleben versteht sich nie von selbst. Es hat immer künstliche, also von Menschen mehr oder minder einseitig entschiedene und verwirklichte Momente gegeben. So versteht sich von Aristoteles über Marx bis Hannah Arendt - unbeschadet all ihrer qualitativen, ihren anderen Zeiten entsprechenden Differenzen -, dass Menschen nur dann ihre gegebenen Potenzen einigermaßen entwickeln können, wenn sie sich als *zoa politika*, als darum politische Wesen an der Organisierung ihrer Gesellungen beteiligen. Herrschaft von Menschen über Menschen zeichnet sich, von frühen Anfängen an, immer dadurch mit aus, dass sie Ungleichheiten der Beteiligung und der Beteiligungsmöglichkeiten installiert und sichert.

Politikwissenschaft ist, soweit sie sich als Wissenschaft versteht, der spät ausdifferenzierte Versuch, die Bedingungen friedlichen Zusammenlebens historisch und systematisch deskriptiv-analytisch zu erkunden und disziplinierte Vorstellungen besserer Organisierung ("*Verfassung*") zu entwerfen. Der moderne Staat und seine liberaldemokratische Verfassung sind heute ihre dominanten Bezugsgrößen. Sie dürfen jedoch alles andere darstellen als unbefragte, nicht zur analytischen und normativen Disposition gestellte Prämissen. Zugleich gilt: Makro- und Mikrobedingungen von Politik und

politischer Beteiligung sind durchgehend im gesellschaftlichen Ressourcenkontext, seiner Produktion und Verteilung insgesamt zu betrachten. Sprich: Politikwissenschaft ohne die eingemeindeten Methoden und Erkenntnisse der anderen Sozialwissenschaften einschließlich der Ökonomie und von Teilen der Jurisprudenz kann ihrer Hauptaufgabe nicht genügen.

Politikwissenschaftliche Lehr- und Lerninhalte und Lernformen sind so anzulegen, dass in knapp, aber ausreichend bemessenen zehn Semestern prinzipiell alle StudentInnen die Fähigkeit zur Kritik politikwissenschaftlicher Urteilskraft erwerben

können. Dieses kognitiv-habituell ehrgeizige Ziel ist unter folgenden, nicht vollständig aufgezählten und nicht zureichend ausgeführten Bedingungen erreichbar:

- dass die Lehr- und Lernformen dem angestrebten Ziel entsprechen. Das heißt an erster Stelle, dass die Lernenden als mitlernende, mitmachende, mitbestimmende Personen ernst genommen werden;
- dass die Lehrenden pro zweijährigem Lehrblock Veranstaltungen anbieten, die in Inhalt, Methode und Form aufeinander bezogen sind;
- dass die Lehr- und Lernformen, so verschieden sie angelegt sein mögen, intensive Auseinandersetzungen über die jeweiligen Themen zulassen und, soweit irgend möglich, der Dewey'schen Devise des "*learning by doing*" folgen. Kein Methodenkurs mehr, beispielsweise, ohne dass die quantitativen und qualitativen Methoden fallsspezifisch praktiziert würden; kein Kurs zur repräsentativen Demokratie mehr ohne ausgiebige teilnehmende Beobachtung etwa des Parlaments oder eines Wahlvorgangs u.v.a.m. Umgekehrt: kein Praktikum mehr, das nicht im Rahmen der Universität analytisch bedacht würde, wie kein Schreiben von Diplom- und Magisterarbeiten ohne vorherige Schreibschulung;
- dass die unverkürzte Freiheit des Studierens am schmalen, aber zähen Stamm eines Kerncurriculums sich emporranke und blühe. Dieses Kerncurriculum, das in seiner Komposition periodisch neu zu diskutieren ist, besteht im 10-semesterigen Studium aus maximal 15 Veranstaltungen. Deren Themen, Methoden und Formen sind lehr- und lernpflichtig für alle. In ihnen sind jeweils die *Minima Moralia* der Politikwissenschaft anzubieten und zu studieren. Ein wenigstens 4-stündiger, mit blockartigen Elementen angebotener Kurs im 8. Semester gilt in jedem Fall, beispieldurchsetzt, der oben schon genannten Kritik der politikwissenschaftlichen Urteilkraft als einer lehr-lernenden Summe des Studiums;
- dass die Durchsichtigkeit des Studiums und der allen abverlangten Prüfungen groß ist und erwartbar organisiert wird. Auf diese Weise ist zu gewährleisten und feinkörnig zu überprüfen, dass alle Prüfungsleistungen fast wie reife Birnen vom Baum des normalen Studierens fallen; dass die Prüfungsangst auf unvermeidliche, persönlich unterschiedliche Minima begrenzt wird; dass es so gut wie keine *drop-out*-Rate, sprich keine Studienabbrecher und keine so genannten »Langzeitstudenten« mehr geben wird.

Überregulierung des Studiums

Zu Recht wurde mir entgegengehalten, das Neue an der neuen Studienordnung sei so neu nicht: Sie baue auf der geltenden Diplom-Prüfungsordnung auf.

Offen gestehe ich, dass mir schon die seit Anfang der 90er Jahre gültige Ordnung erhebliche Kopfbeschwerden gemacht hat. Auch sie war in wesentlichen Elementen von der *Kultusministerkonferenz* vorgegeben worden und vom damaligen *FB*

Politikwissenschaft ohne Blockade entsprochen worden. Schon diese DPO hat mich einigermaßen erschüttert. Ich konnte und wollte nicht denken, dass SozialwissenschaftlerInnen, die über eine geschultere Vorstellungskraft zu den Effekten von institutionellen Regelungen und Prozeduren verfügen müsst(en), dort vorstellend aufhörten, wo ihre eigenen Lehr-Lernbedingungen und diejenigen der ihnen ausgesetzten Studierenden betroffen sind. Gleichviel. Metaphorisch gesprochen schien mir der Eimer des Erträglichen nun randvoll. Die neue Studienordnung stellt den Tropfen dar, der den Film über dem Eimer reißen macht. Insofern bedeutet sie einen qualitativen Sprung.

Sozialwissenschaftlich gesprochen kann jede Studien- und mit ihr gekoppelte Prüfungsordnung als Netz positiver und negativer Sanktionen verstanden werden. Ist man darin jahrelang und mit erheblicher Relevanz fürs weitere Leben eingesponnen, dann lassen sich seine Wirkungen auf die Orientierung und auf das Verhalten kaum hoch genug einschätzen. Die Wirkungen werden hier insbesondere auf das, was die Studierenden habituell und kognitiv lernen, verstanden. Darum ist die Verantwortung für dieses Netz, seine Öffnungen, seine Stränge und Knoten, seine weichen und harten Seiten, so unabweisbar groß.

In den Erläuterungen "*B.A./Neue DPO*"⁴ wird das Kurzstudium, das auf den B.A. hinführt - und die oben genannte Klassenspaltung des Studiums impliziert - schöngeredet. Im falschen Modus des Indikativs wird behauptet: in diesem Kurzstudium "*werden den Studierenden grundlegende wissenschaftliche Fachkenntnisse in der Politikwissenschaft und die Fähigkeit zu eigenständigem wissenschaftlichen Arbeiten vermittelt.*" Schon diese Aussage stellt eine hochgradig unwahrscheinliche Behauptung dar. Es folgt aber in Spekulation noch dicker. Wohlgemerkt grenzt diese Spekulation an eine Täuschung: "*Das Studium befähigt Absolventinnen und Absolventen als wissenschaftliche Fachkraft in einem entsprechenden Berufsfeld tätig zu sein.*"

Module statt Studienfreiheit

»Module« werden als künftige exklusive Lehr-/Lern- und Belegform eingeführt. Außer, dass ein Modul immer aus "*zwei Lehrveranstaltungen*" besteht, "*die in einem Semester oder in zwei aufeinanderfolgenden Semestern*" zu belegen sind, erfahren LeserInnen nichts. Ergänzend wird ihm mitgeteilt, dass nur in einem Modulteil, also in einer der Modul machenden zwei Veranstaltungen eine Prüfungsleistung erbracht werden müsse. In der jeweils anderen modulhälftigen Veranstaltung sei "*nur die - allerdings seminarsitzungsregelmäßig zu bestätigende, WDN-Teilnahme erforderlich.*" Warum diese erläuternde Knausrigkeit? "*Module*", so erläutert das *Concise Oxford Dictionary* "*1. a standardized part or independent unit used in construction, esp. of furniture, a building, or an electronic system. ... 3. a unit or period of training or education. 4. a standard or unit of measurement. ...*" Das Verbum "*modulate*" hat in diesem Falle vor allem seine erste transitive Bedeutung: "*regulate or adjust.*"

Wird diese Erläuterung nicht gegeben, weil die Politikwissenschaft solche standardisierten Fertigteile nicht zu bieten hat, sondern nur gezwungen den Modemoduljargon übernimmt? Oder werden der Ausdruck »Modul« und sein gräuliches Verbum »modularisieren« nicht ausgeleuchtet, weil sonst der modische Drang und Zwang des Bologna-Prozesses, den das Vorwort o. S. des "*den internationalen Standards*" entsprechenden »Leistungspunktesystems« hervorhebt, jedenfalls bei den Kurzstudiengängen eine u.a. der Autoindustrie analoge *just in time production* mit der Chance des »outsourcing« ganzer Auto- bzw. Studienteile anpeilen lässt? Darum kann die OSI-Politikwissenschaft mit ihrer Tradition, das Fach Politik als eine ausgefächerte Gesamtheit zu sehen, nun so umstandslos aufgeben werden. »Outsourcing« von Geschichte zur Geschichtswissenschaft; von Recht zur Rechtswissenschaft; von Ökonomie zur Ökonomie und ... Bleibt allein die Frage, was von vernünftiger Politikwissenschaft Bestand hat? »Outsourcing«!

Die weder erläuterte, noch als - gar wissenschaftlich! - lehr-, lernrational argumentativ belegte Modularisierung erfährt ihre Konsequenz im neuen System der »Leistungspunkte«, abgekürzt: LP. Wie soll dieses System der LPs lehr-, lern- und prüfungsrational gehandhabt werden? Diese LPs, die von den Lehrenden offenkundig in Akten präziser Willkür verabreicht werden, besitzen tatsächlich Systemcharakter - im Rahmen des Studiums, versteht sich. Für den *Bachelor of Arts* (B.A.) brauchen die LP-Bedürftigen in sechs Semestern deren 180; für den neuen Diplomstudiengang, so lange es ihn noch gibt, deren 230. Wenn die LP-BraucherInnen nämlich ihre pro Semester auf 30 LPs bemessene Zahl nicht erreichen, gibt es sanktionsharte Maluspunkte. Und wenn einer zu viele Maluspunkte sammelt, fünf oder sieben an der Zahl, dann wird studienverlängernd nachgesehen oder zwangsabgegangen.

Der Systemcharakter der Strukturierung des Studiums in Module, der Bespickung der Module mit LPs, des sanktionierenden Schattens, der in manchen Semestern vermissten 30iger Zahl der LPs in Form von *Mali* wird vollends offenkundig im Paket der Modulzahlen, die im Grundstudium und danach in seinen zweigeteilten Fortsetzungen erforderlich sind. 14 Module, in Buchstaben: Vierzehn Module, sprich 28 Veranstaltungen muss jeder Studierende allein im Grundstudium besuchen. Sie oder er muss allerdings nur 50 % der fürs Modul insgesamt geltenden Leistungen über's bloße In-der-Lehrveranstaltung-Sitzen erbringen. Das heißt schon allein quantitativ: mehr als sieben Veranstaltungen im Semester wird in der Regel niemand besuchen wollen und können. Der auch von emphatischen VerteidigerInnen der neuen Studienordnung mir gegenüber betonte nötige Blick der Studierenden über den fachengumzirkten Gartenzaun wird faktisch unmöglich. Die Studierenden keuchen von einer Veranstaltung in die nächste. Die Studienfreiheit, die formell weiter gilt, wird für beide Klassenteile des Studiums, kurz oder lang, vollends zur Schimaere.

Der bisher nachgezeichneten »Logik« dieser neuen politikwissenschaftlichen Studienarten wird in doppelter Weise widersprochen. Zum einen darin, dass von den Studiendauergeprüften erstaunlich wenig schriftlich formuliert werden muss: im Grund- und Hauptstudium nur eine zwei- bzw. vierstündige Klausur; im Grundstu-

dium einen Essay und sechs Hausarbeiten. Die Umfänge dieser schriftlichen Arbeiten sind erstaunlich gering. Die Hausarbeit umfasst ca. 4500 Wörter (im Hauptstudium deren 6000, hier gesellt sich allerdings die Projektkursarbeit hinzu). Das heißt: im Grundstudium, auf das ich mich zur Illustration konzentriere, komme ich als Studierender in zwei Jahren, die Klausur weggelassen, mit schriftlichen Arbeiten von ca. 30 000 Wörtern Länge hin. Das ist erstaunlich wenig, meines Erachtens quantitativ zu wenig mit qualitativen Folgen, bedenkt man, dass das politikwissenschaftliche Studium vor allem mit sprachlichen Formen und sprachlich ansetzenden Analysen zu tun hat. Die meisten StudienabgängerInnen werden vor allem in ihren sprachlichen Kompetenzen gefordert sein.

Der zweite Widerspruch durchzieht die gesamte »neue« Studien- und Prüfungsordnung. Er besteht darin, dass von den Lehrenden weder in den Lehrformen, noch in der Präsentation ihrer Lehrinhalte irgendetwas Neues verlangt wird. Es betrübt vielmehr ein schon in der alten Prüfungsordnung kenntliches Zurück zu den »Überblicks-« oder so genannten Handbuchvorlesungen, die vor langen Jahrzehnten von der Studentenbewegung mit gutem Grund zeitweise vernichtend kritisiert worden sind. Solche Überblicksvorlesungen sind in der Regel Belege dafür, dass es lebendig Lehrender gar nicht bedürfte und wie praktizierte Module das *"kostbare Gut der intrinsischen Motivation"* (Brief des Geschäftsführenden Direktors vom 12.11.2003) geradezu lehrfegend auskehren können.

Beliebige Politikwissenschaft

Nicht nur in Sachen Lehr- und Lernformen hapert es indes an Überlegungen zu veränderten Formen. Vielmehr gilt dieser Überlegungsmangel der nun modularisiert umgesetzten Konzeption der Politikwissenschaft, ihren Unterteilungen und den dort gelehrteten Inhalten insgesamt. Die so genannten Fachgebiete bleiben Leerräume. Jede Lehrende und jeder Lehrende kann diese so ausfüllen, wie es ihr oder ihm behagt.

Keine ganz und gar nicht polemisch beabsichtige, nur besorgt gestimmte Summe: während das politikwissenschaftliche Studium inhaltlich weithin beliebig bleibt, wird das Studium in seinen studentenbezogenen Anforderungen eng kanalisiert. Aus der didaktisch allein sinnvollen Folge: transparente Studienordnung zuerst, von Prüfungsschatten leicht und erneut durchsichtig an abgeschlagener zweiter Stelle gefolgt, ist eine als Lernprozess ausgegebene Prüfungsordnung geworden. Auch wenn die sachlichen Anforderungen bewältigbar erscheinen, ist doch das System der »Leistungspunkte« mit »Anwesenheitslisten« und »Malidrohungen«, mit »Handbuchvorlesungen«, Klausuren und zeitlich aus-, wenn nicht überlastenden formalen Anforderungen so gestaltet, dass in aller Regel eher die dauernde Prüfungsangst als die oben benannte *"intrinsische Motivation"* auf dem Weg zur kritischen Urteilsfähigkeit das Kanalsystem des Studiums durchhauchen werden. Mit der Studienfreiheit, vorweg schon vom grundrechtswidrigen »NC« schier erdrosselt, mit Vorab-

folgen bis hinab in die Vorschulen, mit solcher köstlich erfahrbarer und köstlich zu erfahrender Studienfreiheit ist es nahezu rundum zu Ende. Diese Feststellung gilt auch für die Studierenden, die das Diplom anstreben - solange es dasselbe noch gibt. Peter Gäthgens, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, will *"Klarheit schaffen und die alten Diplomstudiengänge nicht mehr anbieten, desto rascher werden sich die neuen Abschlüsse durchsetzen."*⁵

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende - geben Sie den Kampf um ein Studium, das nicht nur Ihnen besser tut, und eine entsprechende Universität nicht auf. Die Zeichen stehen schlecht. Schon im Kampf für eine andere, eine bessere Hochschule jedoch - fast immer gilt ein Trotzdem, wir müssen es nur annehmen - könnten Sie weit mehr lernen als in 20 Modulen.

Anmerkungen

1) Einige ältere und jüngere Argumente in Sachen Uni mögen Interessierte meinem gerade vom AStA der FU Berlin dankenswerter in vierter Auflage herausgegebenen Schriftchen entnehmen: Wider die restlose Zerstörung der Universität. Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung, Berlin 2004. www.astafu.de

2) Folgende Zitate sind dem *"Kommentierten Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 2003/04"* entnommen.

3) In: Kemp, Wolfgang: *"Euch machen wir mürbe"*. FAZ, 7.11.2003.

4) Siehe S. 118 ff. Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis, s. auch S. 6 das allgemeine Vorwort.

5) Siehe VDJ vom 2.10.2003, S. 4.

Wolf-Dieter Narr ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin.